

p.B. 73. Young. O.



a/a

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, 6. August 1992

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL**An den Bundesrat****Informationsnotiz: Jugoslawienkonferenz**

1. In dieser Notiz möchten wir Ihnen:
 - den bisherigen Verlauf der internationalen Diskussion für eine künftige umfassende - was Themen und Teilnehmer betrifft - Konferenz über Jugoslawien darstellen;
 - um grundsätzliches Einverständnis bitten,
 - dieser Konferenz, zeitweilig und falls dies von den Hauptbeteiligten ausdrücklich so gewünscht wird, Genf offiziell als Tagungsort vorzuschlagen;
 - sowie eine allfällige schweizerische Teilnahme an dieser Konferenz weiter zu verfolgen.

2. Am Samstag, 25. Juli 1992, sind die Engländer mit einem Vorschlag zu einer umfassenden Jugoslawienkonferenz, Ende August in London, an die Öffentlichkeit getreten. Diese, offensichtlich seit einiger Zeit vorbereitete Initiative, wurde publik gemacht bevor alle Einzelheiten feststehen, offensichtlich weil von anderer Seite (z.B. französische Initiative am Münchner G-7 Gipfel, Erklärung der Aussenminister der EG vom 20. Juli 1992) eine solche an sich in der Luft liegende Erweiterung der EG-Jugoslawienkonferenz ins Gespräch gebracht worden ist.

Unter dem Kopräsidium voraussichtlich von Aussenminister Hurd und UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali sind folgende Teilnehmer vorgesehen: neben den EG-Ländern und allen jugoslawischen Parteien neu nun auch die UNO, die KSZE (in der Person des gegenwärtigen Ratsvorsitzenden, des Aussenministers der CSFR), die USA und Kanada - als "Hauptlieferant" von Blauhelmen im Rahmen der UNPROFOR (UNO-Blauhelme in Kroatien und Bosnien). Dass



nicht alle Nachbarländer Jugoslawiens, neben den EG-Mitgliedern Griechenland und Italien also auch Ungarn, Albanien, Bulgarien, Rumänien und Oesterreich, ausdrücklich eingeladen sind, ist eigenartig, da ohne zumindest Budapest und Tirana keine umfassende Lösung möglich erscheint. Indes ist ein Einbezug der Nachbarländer von YU und gegebenenfalls weiterer Teilnehmer (Russland) erst in einer zweiten Konferenzphase denkbar.

Was die Themen der Konferenz anbelangt, so sollen grundsätzlich alle gegenwärtigen und latenten Konflikte auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens aufgenommen werden. Dies ist der einzig wirklich sinnvolle Ansatz, bedeutet aber gleichzeitig, dass die Konferenz Monate, ja Jahre dauern könnte.

Was den Ort der Konferenz anbelangt, so hatten die Engländer anfänglich nur von London gesprochen. Indessen häufen sich - klare und absolut verlässliche, **im Moment aber noch als vertraulich zu behandelnde** - Anzeichen, dass nach einer Anfangsphase in London eine Ueberführung der Konferenz nach Genf möglich erscheint. Dies weil:

- Genf als UNO-Sitz die wichtige und unverzichtbare Rolle der UNO bei einer allfälligen Beilegung des Konfliktes unterstreicht;
- Genf nahe, aber nicht zu nahe (z.B. Wien) beim Konfliktherd liegt;
- die bei einer langen Dauer des Konfliktes immer wichtiger werdende, permanente Infrastruktur in Genf weitgehend besteht resp. routinemässig aufgestellt werden kann (was für London nicht zutrifft);
- der Standort Genf bereits deutlich werdendes Missvergnügen (z.B. in Paris) angesichts übergrosser englischer Dominanz bei der Konferenz entschärft.

3. Mit grundsätzlicher Billigung der Departementschefs von EVD und EDA haben wir bereits vor der englischen Ankündigung zur London-Konferenz die schweizerische Idee einer umfassenden Konferenz in Genf (u.a. mit Teilnahme aller Nachbarländer von YU) informell präsentiert. Dies geschah im steten Bemühen, mit unseren Möglichkeiten angepassten Vorschlägen konstruktiv an eine Konfliktlösung beizutragen. Nachdem durch die englische Initiative der Stein in Richtung einer umfassenden Konferenz ins Rollen gekommen ist, haben wir "Genf" im Rahmen informeller Kontakte im Gespräch gehalten; dies weil:

- Genf wie oben gezeigt (Para 2, letzter Abschnitt) als Konferenzort sinnvoll erscheint;
- der Konferenzort Genf gegebenenfalls eine Möglichkeit zu einer gewissen Präsenz der Schweiz an der Konferenz darstellt.

4. Die Schweiz, als Nichtmitglied der EG und UNO, gehört keineswegs zu den offensichtlichen Kandidaten an einer Jugoslawienkonferenz im englischen Sinn. London will den Kreis der Teilnehmer aus an sich verständlichen Gründen klein und auf die "main players" beschränkt halten, haben doch beispielsweise die Jugoslawiendiskussionen im Rahmen der KSZE gezeigt, dass ein zu grosser Teilnehmerkreis den Beschluss wirklich greifender Massnahmen nicht erleichtert.

Wenn wir der Meinung sind, dass eine Präsenz der Schweiz an der Konferenz angezeigt erscheint, und wir dies mit Ihrer Billigung nun auch in offiziellen Demarchen zum Ausdruck bringen möchten, geschieht dies aus folgenden Gründen:

- 4.1. Zunächst wegen der "Frontstaat"-Problematik der Schweiz im Jugoslawienkonflikt: In absoluten Zahlen hinter der BRD am zweitmeisten, proportional pro Kopf Bevölkerung weitaus am meisten Leute aus Exjugoslawien halten sich in der Schweiz auf (rund 300'000). Davon sind zwar eine Mehrheit Gastarbeiter, aber auch sehr zahlreiche rein humanitär bedingte Aufenthalter: neben den 2 x 1'000 Sonderaufenthalter insbesondere kriegsversehrte Angehörige von jugoslawischen Gastarbeitern in der Schweiz plus Asylbewerber plus aus humanitären Gründen nicht repatrierte andere Personen (Deserteure der jug. Volksarmee etc.). Die Schweiz tut also humanitär ein Vielfaches im Vergleich mit kleineren EG-Ländern und mindestens ebensoviel wie Oesterreich und Schweden.
- 4.2. Der hohen Zahl von Jugoslawen entsprechend gross ist die latente Gefahr von Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawen in der Schweiz. Noch sind keine Zwischenfälle grösseren Ausmasses eingetreten, das Potential dazu ist aber da und vergrössert sich ständig (siehe 4.3.).
- 4.3. Die jüngsten Berichte über entsetzliche Greuelthaten innerhalb eigentlicher Konzentrationslagern im Konfliktgebiet, wie sie Europa seit jenen von Hitler und Stalin wohl nicht mehr erlebt hat, müssen leider ernst genommen werden. Die durch die - wie üblich und verständlich - zurückhaltende Informationspolitik des IKRK und durch wohl satellitengestützte Informationen der USA belegten Hinweise haben ja schon zu ersten internationalen Reaktionen geführt (UNO-Sicherheitsratsresolution, Einberufung der UNO-Menschenrechtskommission, voraussichtlich KSZE-Dringlichkeitssitzung, etc.). Auch von schweizerischer Seite ist, in Form einer Pressemitteilung des EDA vom 3. August 1992, ein dringender Aufruf zur strikten Einhaltung des humanitären Völkerrechtes ergangen.

Angesichts solcher Ereignisse in Jugoslawien steht es der Schweiz, als Hüterin des humanitären Völkerrechtes und Land des IKRK doch wohl an, an einer Konferenz teilzunehmen, zumal wenn sie in Genf stattfindet, welche im Moment letzter Hoffnungsträger ist, doch noch zu einer Beruhigung und

gegebenenfalls Lösung der Krise beizutragen. Dies ganz abgesehen davon, dass Berichte und Bilder über diese Lager die Spannung zwischen jugoslawischen Volksgruppen weiter ansteigen lassen. Wer die grenzenlose Verzweiflung und den abgrundtiefen Hass in den Gesichtern muslimischer Bosnier, welche serbische Lager am eigenen Leibe erfahren haben, am Fernsehen erlebt hat, muss sich hier grosse Sorgen machen; dies gilt auch für die Schweiz (vgl. oben 4.2.).

5. Eine Durchführung der Konferenz in Genf, im Moment auf die Dauer von drei Tagen berechnet (da dazu Vergleichszahlen vorliegen, bei einer längeren Dauer erhöhen sich diese Kosten, aber selbstverständlich nicht proportional, da Initialkosten unabhängig von der Dauer einer Konferenz anfallen) würde folgende unmittelbare Kosten nach sich ziehen:
- Nous partons de l'idée que la solution la plus probable sera l'organisation de la Conférence par le Bureau des Nations Unies à Genève. Ce sont donc les services du Palais des Nations qui assumeront la responsabilité de l'organisation pratique. La presque totalité des frais est ainsi prise en charge par l'ONU dans le cadre de son budget ordinaire. En revanche, l'expérience montre que ce genre de conférence entraîne inmanquablement des dépenses pour l'Etat hôte dans la mesure où les arrangements courants avec les autorités genevoises, en particulier en matière de sécurité, n'incluent pas la prise en charge des efforts supplémentaires nécessaires pour assurer la sécurité de la Conférence et de ses participants. Dans ce contexte, des mesures particulières devront être prises en accord avec le Ministère public de la Confédération. Leur coût peut être estimé, par analogie à d'autres conférences tenues à Genève, à quelque frs. 200'000.--, (durée estimée: 3 jours). De plus, il faut prévoir un montant de frs. 10'000.-- pour pouvoir assurer l'organisation d'au moins une manifestation sociale, qui accompagne traditionnellement une conférence et qui est le plus souvent organisée par l'Etat hôte. Tenant compte d'un montant de frs. 20'000.-- pour les imprévus et divers, ce sont quelques frs. 230'000.-- qui incomberaient à la Suisse, en raison du choix de Genève et du Palais des Nations.
 - Pour le cas où la Conférence serait organisée à Genève à l'invitation de la Suisse, il faudrait envisager un montant de frs. 350'000.--, auquel il conviendrait d'ajouter une marge d'environ 15 % pour couvrir les fluctuations minimales de l'hypothèse de travail (20 délégations, durée 3 jours), soit un montant de frs. 400'000.--.
6. Die Lancierung der Konferenz von London und die Bilder von den erwähnten Gefangenenlager werden zweifelsohne eine erneute Belebung der internationalen Diskussion - und hoffentlich auch entsprechende Massnahmen - mit Blick auf die Krisenbewältigung in Jugoslawien zur Folge haben. Unabhängig vom endgültigen Durchführungsort der Konferenz werden

voraussichtlich weitere Anfragen um Unterstützung auch an die Schweiz gerichtet werden, sei dies direkt im Rahmen der UNPROFOR oder via KSZE oder auch auf anderen Wegen. Interne Ueberlegung dazu (schweizerische Sanitätseinheit, weitere Materiallieferungen, etc.) sind im Gange; wir werden uns erlauben, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensten anderer Departemente, zum gegebenen Zeitpunkt wieder an Sie zu gelangen.

Falls die Schweiz eine aktive Rolle anlässlich der Konferenz spielen kann, werden weitere schweizerische Beiträge, gerade etwa im Bereich von politischen Lösungsansätzen, gefragt sein. Nicht zuletzt dank unserer aktiven Politik in diesem Bereich im Rahmen der KSZE (Zwei Missionen Fleiner, Vertretung in der kleinen KSZE-Gruppe, welche die Stationierung permanenter Menschenrechtsbeobachter in (noch) Nicht-Kriegszonen Jugoslawiens vorbereiten soll, etc.) sind wir dafür grundsätzlich gerüstet; dies stellt im übrigen ein weiteres Argument dar, warum ein schweizerischer Anspruch auf Teilnahme gerechtfertigt erscheint.

Es wäre töricht zu glauben, dass allein mit der Abhaltung einer neuen Konferenz über Jugoslawien die Krise gelöst werden kann; vollends unsinnig wäre es, eine aktive schweizerische Teilnahme an einer solchen Konferenz bereits als Lösung aller Probleme darzustellen. Da nun aber die Konferenz von London im Moment die einzige Chance darstellt, durch internationales Vorgehen den grössten Krieg auf europäischen Boden seit dem zweiten Weltkrieg vor einem weiteren Ausgreifen einzudämmen, scheint es uns angezeigt, zumindest zu versuchen, einen positiven Beitrag zu leisten. Angesichts der auch uns sehr direkt betreffenden Problematik und der dadurch entstehenden Erwartungshaltung in der Schweiz, sehen wir eine Möglichkeit zu einem solchen Beitrag in einer aktiven und konstruktiven Teilnahme der Schweiz an der Konferenz. Dies wird uns in verschiedener Hinsicht etwas kosten; indes werden wir wohl ohnehin um weitere Beiträge angegangen werden

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

e.r. *Blum*